Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn

André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 4./5./11./12. November 2025

Wenn im Kantonsratssaal Kameras im Einsatz sind, dann ist entweder bereits etwas Spezielles vorgefallen oder es steht etwas Wichtiges an. In dieser Session war dies gleich mehrere Male der Fall. TeleM1 kam einmal, weil bekannt wurde, dass sich ein Mitglied des Kantonsrats in Untersuchungshaft befindet und filmte dessen leeren Platz. Ein zweites Mal waren sie vor Ort aufgrund des Falles «Ramiswil».

Aus Sicht Mitte/EVP-Fraktion zu reden gab ein Statement der SVP-Spitze, welche im Rahmen ihrer Parteiversammlung die «Mitte» als «Feind» bezeichnet hatte. Für uns sind Personen aus anderen Parteien keine «Feinde», sondern Kantonsräte mit einer anderen Haltung, die es zu respektieren gilt. Im Rahmen eines politischen Prozesses ist es schliesslich das Ziel, Mehrheiten zu finden. Mit «Feinden» dürfte das schwierig sein. In einem offenen Brief hat Mitte/EVP ihre Verwunderung über diesen Stil kundgetan, was in der Folge medial einige Reaktionen ausgelöst hat. Hierzu berichtete sowohl TeleM1 wie auch SRF («Schweiz aktuell»).

Ebenfalls ein Thema für das Schweizer Fernsehen SRF war Stahl Gerlafingen. Um den Betrieb zu unterstützen, beantragte der Regierungsrat, einen À-fonds-perdu-Beitrag von 4.6 Mio. Franken zu sprechen. Das Geschäft war emotional. Einerseits, weil mit Stahl Gerlafingen viel Geschichte und zahlreiche Arbeitsplätze verbunden sind, aber auch aufgrund der Signalwirkung nach aussen und in die ganze Schweiz. Trotz vieler Bedenken, dass es an sich nicht Aufgabe vom Kanton ist, Geld in eine einzelne Firma zu investieren und auch, weil der Kanton selbst finanziell herausgefordert ist, wurde der Antrag schlussendlich relativ deutlich, mit 63:24 – und somit gegen meine Stimme – angenommen.

Beschlossen wurde das neue Waldgesetz. Dieses wurde umfassend und lange vorbereitet. Im Rahmen einer Vernehmlassung konnten alle Interessengruppen ihre Hinweise und Einwände früh einbringen. Medial bereits im Vorfeld gross thematisiert war die Frage, wie der Wald durch Biker genutzt werden darf und soll. Die Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission (UMBAWIKO) hat diese Totalrevision in zwei Lesungen ausführlich vorbesprochen. Im Rahmen der Kantonsratsdebatte gab es dann zwar gleichwohl noch deren acht Änderungsanträge, welche aber alle verworfen wurden. Nach zwei Stunden Diskussion herrschte bei der Schlussabtimmung grosse Einigkeit: Das neue Waldgesetz wurde einstimmig beschlossen.

Viel zu diskutieren gab ein beantragter Zusatzkredit für die Solothurner Spitäler AG (soH). Rechts (SVP/FDP) wehrte sich gegen diesen Kredit. Mitte/links war der Überzeugung, dass unsere Gesundheitsversorgung (in diesem Kontext ging es insbesondere um die Notfallversorgung) nicht geschwächt werden sollte. Mit 51:44 wurde die Erhöhung schliesslich beschlossen.

Mein Auftrag im Zusammenhang mit pflegenden Angehörigen wurde einstimmig angenommen. In meinem Votum habe ich dargelegt, dass es begrüssenswert ist, wenn pflegende Angehörige für ihre wertvolle Arbeit, die sie leisten, finanziell oder auch anderweitig unterstützt werden. Je mehr Pflegeleistungen durch Angehörige erbracht werden, desto mehr wird unser Gesundheitssystem entlastet. Störend ist es aber dann, wenn dies von privaten Organisationen ausgenutzt wird, und diese dadurch gutes Geld verdienen, zu Lasten der Gemeinden und somit der Steuerzahler. Mit meinem Auftrag wird dies nun unterbunden.

In Kürze

Diskutiert wurden zwei Interpellationen zum Thema Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen, über das Gesamtverkehrsprojekt Oensingen und einmal mehr über die Frage, wie es bezüglich Energiepolitik im Kanton weitergehen soll. Ein Auftrag, welcher weniger Fremdsprachen in der Primarschule forderte, wurde in abgeänderter Form für erheblich erklärt.

Die nächste Session findet am 9./10./17. Dezember 2025 statt.

www.evp-so.ch | www.andrewyss.ch

André Wyss

Persönlich

Fraktionssprecher war ich beim Volksauftrag, welcher verlangte, dass jeder **Regierungsrat** als Kostensenkungsmassnahme auf einen Lohn von 50'000 Franken pro Jahr verzichten soll, sowie bei meinem eigenen Auftrag zur **«häuslichen Pflege»**.

Ein Einzelvotum hielt ich bei einer Interpellation zum Thema **«Schwarzarbeit»**. Dieses Thema haben wir aufgrund von Vorstössen von mir schon ein paar Mal diskutiert. Somit war es nicht wirklich neu, half aber, dass es weiter im Gespräch bleibt.

Wie jedes Jahr im November fand der **Jugendpolittag** statt, bei dem ich auch dieses Jahr wieder dabei war, um mit den Jugendlichen über die Politik zu diskutieren.